Nr. 546 Morgen-Ausgabe
A 276

Vossische Berlin Zeitung

Mittwoch, 18. November 1925
V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint). Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: „Musikblatt" — „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — Literarische Umschau".

Wöchentlich 1,— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskr. werd nur zurückgesandt, wenn Porto beil.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Bilanz von Kassel

Von
Dr. Albrecht Graf Montgelas
Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung"

* Kassel, 17. November.

Der mit Spannung erwartete Zentrumsparteitag, der die Auseinandersetzung zwischen dem heißen politischen Glauben und Drängen Wirths und den Tagestaktikern der Partei bringen sollte, ist zu Ende. Wer das Resultat von Verhandlungen nur nach festformulierten Abmachungen zu beurteilen vermag, wird — auf beiden Seiten — vom Ausgang nicht befriedigt sein. Daß feste Resultate nicht vorliegen, sagt ja schon die Schlußresolution. So wird der Parteitag in Kassel derselben Kritik ausgesetzt sein, wie die Tagung in Locarno. Aber auch in Kassel war die Atmosphäre, war der Geist das Wesentliche. Die Atmosphäre war dem Mann und Politiker Wirth unbedingt günstig, und wenn sein Geist und der Geist seiner Ideen auch nicht die ganze Versammlung beherrschte, so bleibt doch wahr, was viele führende Männer der Partei nach Schluß der Tagung in ungezwungenem Beisammensein erklärten: Noch vor einem Jahr wäre das wiederholte und betonte Eintreten aller Redner für die soziale Republik auf einem solchen Zentrumsparteitag unmöglich gewesen.

Und so war es fast von prophetischer Vorbedeutung, daß Dr. Wirth auch auf dieser Tagung das letzte Wort in der Debatte hatte, daß Marx nach der Erklärung Wirths, er suche den Weg, um im Dienste des Zentrums „auch weiter formal" die Fahne der Partei hochhalten zu können, diesen Schluß der Wirthschen Rede den schönsten Abschluß des Parteitages nannte und die Diskussion beendete.

Die Worte, die Wirth, und nicht nur er, auf diesem Parteitag vom „christlichen Republikanertum" sprach, werden Widerhall finden und vielen Mut machen. Daran wird auch der Widerstand nichts ändern, der auch bei dieser Tagung noch aus den Reden Stegerwalds und Brauns' klang. Schon deshalb nicht, weil sie beide noch gar nicht erfaßt zu haben scheinen, was es ist, was Wirth und die Massen bewegt, die aus den Worten Wirths ihre eigenen Gedanken, ihre eigenen Hoffnungen und ihre eigenen Befürchtungen heraushören. Für Stegerwald und für den Reichsarbeitsminister sind die Deutschnationalen offenbar nur ein Parteifaktor im deutschen Parlamentssystem, ein Parteifaktor, wie jeder andere. Der demokratischen Masse des Volks, der Zentrumswählerschaft, aber sind sie die Exponenten und rücksichtslosen Verfechter der Idee des unverantwortlichen, oder wenigstens nur sich selbst verantwortlichen Herrengedankens. In der äußeren Politik lehnen Brauns und Stegerwald diesen Herren- und Machtgedanken gleichfalls ab, in der inneren aber glauben sie auch heute noch, eine Gemeinschaft mit ihnen eingehen zu können. Und sie merken und fühlen nicht, daß sich der demokratische Instinkt des Volkes dagegen aufbäumt.

Deswegen war es gut, daß Wirth in seinem Schlußwort die Wendung des Grafen Westarp auf dem Berliner deutschnationalen Parteitag zitierte, in der von der Rückkehr zur Staatsform die Rede war, die „allein die Eigenart und den Bedürfnis des deutschen Volkes gerecht wird."

Eine Kampfansage an das demokratisch fühlende Volk nannte Wirth diese Worte und erntete lebhafte Zustimmung.

Wer war nun auf diesem Parteitag der stärkere, Wirth oder Stegerwald und Brauns? In der Begründung taktischer Notwendigkeiten sind die Gegner Wirths auf diesem Parteitag manchmal im Recht geblieben, aber wo es sich um die Folgerichtigkeit, die Ehrlichkeit und die Inbrunst des politischen Bekenntnisses und der politischen Erkenntnis handelte, blieb Wirth der Sieger. Fraglich bleibt bei alledem, ob Wirth den formalen Anschluß an die Fraktion wird finden können. Solange Männer wie die zuletzt genannten in der Fraktion maßgebenden Einfluß haben, scheint es bei dem Temperament und der politischen Glaubensglut Wirths so gut wie ausgeschlossen. Da aber das Zentrum ein Mikrokosmos ist, in dem sich nicht nur die soziale Gesellschaft in allen ihren Schichten, sondern auch die gemeinsame Weltanschauung, also der Katholizismus, widerspiegelt, so wird auch Wirth kein Ketzer werden. Er wird nicht abfallen und eine neue Sekte gründen. Er wird aber vielleicht — um den Vergleich weiter zu führen — eine Ordensgemeinschaft Gleichgesinnter ins Leben rufen, die im Rahmen der Partei und der gemeinsamen Weltanschauung für das christliche und soziale Ideal einer wahren Republik kämpfen werden. Und die Partei wird ihm darin schließlich folgen.

Eines ist ganz sicher. Die Parteileitung wird nach dem Warnungssignal, das Wirth durch seinen Ausruf gegeben, und nach den Erfahrungen dieses Parteitages nie wieder das Experiment einer Koalition mit den Deutschnationalen versuchen. Denn das man Wirth und die Massen hinter ihm braucht und halten will, das hat die Regie dieser Tagung, das hat jede Rede dieser zwei Tage bewiesen.

Die Entscheidung des Zentrums

Weitere Verhandlungen mit Wirth

Von unserem Sonderberichterstatter

mtgls Cassel, 17. November

Der Reichsparteitag des Zentrums ist heute um 6 Uhr nachmittags geschlossen worden. In der Nachmittagssitzung wurden mehrere Entschließungen angenommen. Die innere Lage der Partei ist zusammengefaßt in folgender von Marx verlesenen Resolution:

„Der Reichsparteitag stellt fest, daß in allen wichtigen Fragen Uebereinstimmung besteht, und bedauert deshalb, daß es nicht zu einer völligen Einigung in einigen Punkten gekommen ist."

Der Entwaffnungs-Notenwechsel veröffentlicht

Die deutsche Regierung hat nunmehr den gesamten Notenwechsel mit der Botschafterkonferenz, der sich auf die Rückwirkungen, die Entwaffnungsfrage und die Räumung Kölns bezieht, veröffentlicht. Nachdem gestern morgen der abschließende Notenwechsel über die Räumung Kölns und die Rückwirkungen herausgegeben wurde, ist heute der amtliche Schriftwechsel über das letzte Stadium der Entwaffnungsfrage veröffentlicht worden. Es handelt sich um drei Schriftstücke:

1. die deutsche Note an die Botschafterkonferenz vom 23. v. M.,
2. die Note der Botschafterkonferenz vom 6. d. M.,
3. die mündliche Erklärung des Generalsekretärs der Botschafterkonferenz vom 14. d. M.

Außerdem ist der Inhalt der Verhandlungen zwischen den beiden letzten Schriftstücken, die die fünf strittigen Punkte der Entwaffnung behandelten, veröffentlicht worden.

Wir geben das gesamte Notenmaterial auf der 1. Seite der 3. Beilage des heutigen Morgenblattes im Wortlaut wieder.

Marx fügte gleich im Anschluß daran von sich aus hinzu, daß die Tatsache, daß Dr. Wirth in den Reichsparteivorstand wiedergewählt worden sei, die Basis gebe für weitere Verhandlungen, die zu einer Verständigung und auch zu einer formalen Zusammenarbeit mit der Partei wieder führen würden.

Die Stellung des Zentrums zum Staat fand Ausdruck in einer von Ministerialdirektor Dr. Spiecker eingebrachten, einstimmig angenommenen Entschließung:

„Die Zentrumspartei ist ihrem Wesen nach eine Verfassungspartei. Ihre grundsätzliche Einstellung zum Staats- und Autoritätsbegriff ermöglicht ihr die Bejahung jeder Staatsform, in welcher dieser Begriff seine Verwirklichung finden kann. Diese Bejahung darf sich nicht nur auf die Unterstützung verfassungsfreundlicher Bestrebungen beschränken, sondern muß sich in positiver Mitarbeit auswirken. Zur Erfüllung dieser Aufgabe ist eine klare, entschlossene, positive Einstellung zur Staatsform um so mehr geboten, je abhängiger die Staatsform vom Willen des Volkes ist. **Damit bekennt sich die Zentrumspartei zur deutschen Republik, die in der Weimarer Verfassung festgelegt ist, und deren Schutz und Durchbringung mit christlichem Geist sie als ihre Aufgabe und Pflicht betrachtet.**"

Zur Außenpolitik wurde beschlossen:

„Die tatsächliche Entwicklung der deutschen Politik stellt die Zentrumspartei vor die Aufgabe, die politischen Linien von Locarno intensiv weiterzuführen. Im Vertragswerk von Locarno erblicken wir den Anfang einer friedlichen Zusammenarbeit der Nationen. Der Eintritt in den Völkerbund stellt Deutschland vor die schwere Aufgabe, seine nationale Freiheit, seine Selbstbestimmung, die endgültige Lösung deutscher Lebensfragen am Rhein wie im Osten, inmitten der Solidarität der im Völkerbund zusammengeschlossenen Völker zu zerstreuen und sicherzustellen. **Diese Politik vermag die deutsche Zentrumspartei nur an der Seite derjenigen Parteien durchzuführen, die gleich ihr entschlossen sind, diesen Weg aufrichtig und ohne Schwanken zu gehen.**

In diesem Sinne billigt der Reichsparteitag die klare und einmütige Stellungnahme der Reichstagsfraktion vom 4. November dieses Jahres und erwartet von ihr, daß sie alle Kraft zur Durchführung der oben bezeichneten politischen Aufgabe einsetzen wird."

Schließlich wurde noch eine Entschließung zur Wahlrechtsreform gefaßt, in der sich der Parteitag für baldige und zeitgemäße Ausgestaltung des geltenden Wahlrechts ausspricht. Er erwartet, daß durch das neue Wahlrecht eine engere Verbindung des Abgeordneten mit seinen Wählern wiederhergestellt werde. Der Parteitag setzt zur Ausarbeitung eines Wahlgesetzentwurfes einen Ausschuß ein, der im Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion die Vorarbeiten leisten soll.

Hierauf gab Reichsarbeitsminister Dr. Brauns **als Mitglied des Reichskabinetts Aufklärung über ein Telegramm des Kabinetts, das am Tage der Paraphierung nach Locarno gesandt wurde und die Hinausschiebung dieser Paraphierung verlangte.** Ein solches Telegramm sei tatsächlich abgeschickt worden. Ursprünglich habe man gedacht, daß es sich in Locarno nur um eine einfache unbedeutende Aussprache der beteiligten Außenminister handle. **Auch als die Delegation nach Locarno ging,** glaubte man, daß die Besprechung zunächst unverbindlich sein sollte.

In dem zurückgebliebenen Kabinett erfuhren die Minister von der beabsichtigten Paraphierung erst am Tage, da sie stattfinden sollte. Eine Sitzung, die Minister Brauns als ältester Minister leitete, kam zu dem Beschluß, ein Telegramm nach Locarno zu schicken, in dem um Hinausschiebung der Paraphierung gebeten wurde. Obwohl Brauns selbst auf dem Standpunkt stand, daß an der tatsächlichen Lage durch die Paraphierung nichts geändert werde, wurde das Telegramm von den beamteten Stellen mit seiner Unterschrift versehen, weil er eben den Vorteil zur Absendung des Telegramms gehabt hatte. Doch die Sache sei an sich nicht wesentlich. Das Telegramm **kam in Locarno erst an, als die Paraphierung schon vollzogen war.** Von einem nachträglichen Widerspruch gegen die Paraphierung kann daher gar keine Rede sein.

Ein Jahr Gefängnis für Gräfin Bothmer

Haftentlassung abgelehnt

Im Prozeß gegen die Gräfin Bothmer wurde gestern um 12 Uhr nachts das Urteil gesprochen. Die Angeklagte wurde wegen Diebstahls in vier Fällen gegenüber der Frau Dr. Dommer und in sechs Fällen gegenüber dem Landgerichtspräsidenten Rieck zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr verurteilt, wobei auf die Polizei-Diebstähle 4 Monate, auf die Potsdamer 8 Monate fallen.

Die Angeklagte nahm das Urteil äußerlich gefaßt entgegen. Ihr Verteidiger Justizrat Josephsohn beantragte sofortige Haftentlassung, die das Gericht aber nach kurzer Beratung ablehnte.

Die Urteilsbegründung

In der Urteilsbegründung heißt es: Eine einfache Sache, eine Bagatelle hat eine außerordentlich lange Verhandlung notwendig gemacht. Das lag zum Teil daran, daß die Voruntersuchung gefehlt hat. Das war der Fall, weil zur Zeit der Anklageerhebung die Sache geklärt zu sein schien dank der sorgsamen Art der Kriminalpolizei. Es sind gegen die Polizei so schwere Angriffe erhoben worden, daß der Polizeipräsident und der Minister des Innern Abgesandte hergeschickt haben.

In der Hauptverhandlung hat sich auch manches anders dargestellt, als die Polizeiesgeschildert hat. Es ist ein Gegensatz zwischen der Aussage der Polizeibeamten und denen des Grafen Bothmer und des Präsidenten Rieck. Es ist auch richtig, daß die Angaben des Ehepaares Schiller anders dargestellt wurden. Aber das liegt daran, daß die Vernehmung durch die Polizei verschieden gehandhabt wurden. Es tut wegen der Hetze gegen die Kriminalpolizei not, zu betonen, daß die Polizei sich korrekt benommen hat.

Das Fehlen der Voruntersuchung bedingte auch, daß die Angelegenheit in aller Oeffentlichkeit verhandelt werden mußte.